

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Wochenausgabe 6 mal / Bezugspreis: Monatl. 1,66 RM., die Einzelnnummer kostet 10 Pf. Die Nichterhalten der Zeitung infolge des Gewalt od. Betriebsstörungen behält kein Anspruch auf Übertragung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 6780 / Telegr.-Nbr.: „Tannenblatt“ / Telef. 13

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Einreich. od. Kontofakt. einseitig wird. Erfüllungsort: Altensteig. Gerichtsstand: Nagold

Nummer 290

Altensteig, Montag den 12. Dezember 1927

51. Jahrgang

Der Konflikt in der Eisen- und Stahlindustrie

Wir kehren in Deutschland vor der Gefahr eines wirtschaftlichen Kollapses. Am Freitag fanden in Hamm vor dem Vertreter des Demobilisierungskommissars, Oberregierungsrat Fröhlich, die ersten Stilllegungsverhandlungen für die Durchführung des Beschlusses zur Betriebseinstellung in der Eisen- und Stahlindustrie am 1. Januar 1928 statt. An den Verhandlungen nahmen Vertreter der Werksleitung, der drei Metallarbeiterverbände sowie des Betriebsrates teil. Direktor Lange begründete den Stilllegungsantrag. Er führte aus, daß die Stilllegung keine Kampfmaßnahme, sondern eine „Vorrichtungsmaßnahme“ gegen die durch die Forderungen der Metallarbeiterverbände eingetretene Überlastung des Unternehmens darstelle. Seitens der Metallarbeiterverbände wurde eine Erklärung abgegeben, in der es heißt: Wir sehen in dem Stilllegungsantrag ein Druckmittel auf die Regierung, um ihre Entscheidung in der Durchführung der Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli zu beeinflussen. Bis zur Erledigung des Schlichtungsverfahrens, an welchem wir beteiligt sind, können wir keine weiteren Erklärungen abgeben.

Nach der Verlesung dieser Erklärung erklärte der Vertreter des Demobilisierungskommissars die Verhandlungen für beendet.

Die Schlichtungsverhandlungen im Eisenkonflikt sind durch die Rede Krupps von Bohlen-Halbach vor der Aktionärsversammlung der Friedrich Krupp A.-G. in ein besonderes Licht gerückt worden. Gemeinhin mag man den Ausführungen, die Generaldirektoren und Aufsichtsratsvorsitzende bei derartigen Gelegenheiten halten, nicht gerade eine Bedeutung zusprechen, die allzu weit über den Rahmen der unmittelbar interessierten Aktionäre hinausreicht. Die Darlegungen aber, die Herr Krupp von Bohlen-Halbach gemacht hat, dürfen allgemeinen Interesse schon deswegen beanspruchen, weil die Firma gegenüber dem Ausland für Deutschland von sehr erheblicher repräsentativer Bedeutung ist und weil ihre Haltung die der übrigen Montanindustrie auch heute noch maßgebend beeinflusst. Wir halten die Rede aber auch um deswillen für wichtig, weil der Redner als eine Persönlichkeit bekannt ist, in der das soziale Bewußtsein durchaus mit der privatwirtschaftlichen Denkweise konvergiert, was nicht gerade bei allen unseren Industriekapitänen der Fall ist.

Die Dinge liegen nun so, daß unsere Eisenindustrie sich gegen eine weitere soziale Belastung, wie sie ihr durch die Dreischichtensystem des Arbeitsministeriums zugebracht ist, zwar nicht prinzipiell zur Wehr setzt, daß sie aber verlangt nach einem allmählichen Uebergang, der es ihr gestattet soll, ihre Produktionsbedingungen der veränderten sozialen Sachlage anzupassen. Mit dieser Forderung Krupps wird man sich grundsätzlich auch dann einverstanden erklären können, wenn man der Meinung ist, daß die Verordnung unter allen Umständen durchzuführen werden muß. Eins sei aber gleich an dieser Stelle bemerkt: Der Industrie hat eine Zeit von annähernd einem halben Jahr zur Verfügung gegeben, um sich dem Dreischichtensystem anpassen zu können. Zugegeben, daß dieser Zeitraum für das eine oder andere Werk vielleicht nicht ausreicht, um die entsprechenden Umstellungen vorzunehmen, so dürfte doch feststehen, daß die übergroße Zahl unserer Eisenproduktionsstätten an sich mit sechs Monaten hätte auskommen können. Es kommt hinzu, daß unsere Montanindustrie in der seit Erlaß der Verordnung verfloßenen Periode allgemein gesehen nicht unbedeutliche Gewinne zu verzeichnen hat, was aus den starken Rücklagen, die überall gemacht worden sind, hervorgeht. Erhebliche Summen aus diesen Rücklagen dürften dabei der Betriebsrationalisierung zugeführt worden sein, so daß ein großer Teil der Voraussetzungen für die praktische Durchführung der Dreischichtensystemordnung damit schon gegeben sein dürfte. Der eigentliche Anlaß für die Stilllegungsanzeige der Eisenindustrie scheint uns also der zu sein, daß man hier darauf rechnet, daß das Reichsarbeitsministerium die in der Verordnung vorgesehenen Ausnahmen in möglichst weitem Umfange zuläßt. Sicherlich wird der Fall im Augenblick durch die starken Lohnforderungen der Gewerkschaften kompliziert. Ausgangspunkt bleibt aber immer die Frage, wie weit die deutsche Montanindustrie bereit und in der Lage ist, eine Belastung von der Arbeitszeitsseite her zu tragen.

Es ist sicherlich zutreffend, wenn auch Herr Krupp feststellt, daß unsere Produktion von der Feuerlichen wie von der sozialen Seite her gegenwärtig Belastungen zu tragen

hat, die die Gefahr einer Wettbewerbsunfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Auslandsmarkt in sich bergen. In der Tat hat die deutsche Eisenindustrie im letzten Jahre vorwiegend aus dem Inlandsmarkt gelebt, während ihr Auslandsabsatz gegenüber dem Vorjahr um etwa 20 Prozent zurückgegangen ist. Und zweifellos ist dieser Rückgang zu einem Teil auch auf die Tatsache zurückzuführen, daß die deutschen Produktionskosten einen Wettbewerb auf dem Weltmarkt nicht mehr zulassen. Andererseits ist die Konjunktur auch der Eisenindustrie eine nicht wegzudiskutierende Erscheinung, woraus sich schließlich eine unmittelbare Wechselwirkung zwischen Kräftigung des Inlandsmarktes und allgemeiner Wirtschaftsbelebung ergibt. Die Kräftigung des Inlandsmarktes ist aber erfolgt zu einem sehr großen Teil auf der Basis der allgemeinen Einkommenssteigerung, vor allem auf der Grundlage des erheblich erhöhten Lohnniveaus. Wenn nun gesagt wird, daß die Eisenindustrie von der Verklärung des Konsums wenig oder gar nichts habe, so ist das nur in sehr bedingtem Maße richtig. Gewiß produziert sie keine Massenverbrauchsgegenstände in dem Sinne wie etwa die Textilindustrie oder das Nahrungsmittelgewerbe. Die Kapitalien aber, die den Produzenten des Massenkonsums im abgelaufenen Jahre zugeflossen sind, haben rückwirkend auch sehr stark die Lage am deutschen Eisenmarkt beeinflusst, und man kann wohl sagen, daß unsere Eisenindustrie ohne diese Entwicklung niemals in der Lage gewesen wäre, die Verluste, die sie auf dem Weltmarkt erlitten hat, im Inland nicht nur aufzubohlen, sondern ihren Absatz darüber hinaus noch erheblich zu steigern. Ein gutes und auskömmliches Lohnniveau der Arbeiter in der Eisenindustrie liegt also mindestens im mittelbaren Interesse der Werte selbst, und das Gleiche trifft auch auf die sonstigen Arbeitnehmer in diesem Zweige unserer Volkswirtschaft zu. Wir sind daher der Meinung, daß die Gewerkschaften allen Anlaß haben, ihre Forderungen nicht zu übersteigern. Sie sollten alles darauf abstellen, mit der Arbeitgeberseite zu einem Ausgleich zu kommen, der die soziale Lage der Arbeitnehmer nicht verschlechtert und der Industrie weiter eine angemessene Verdienstsperre beläßt. Man sollte sich aber auch auf Arbeitgeberseite immer der Tatsache bewußt bleiben, daß, so notwendig die Förderung unseres Exports ist, dahinter doch nie die Pflege des Inlandsmarktes zurückbleiben darf, dessen Verbrauch auf lange Sicht immer die stärkste Stütze für eine gewinnbringende Produktion ist.

Die Einigungsverhandlungen in der Eisenindustrie

Essen, 10. Dez. Die heutigen Einigungsverhandlungen in der Großeisenindustrie sind nach etwa zweistündiger Dauer ohne Ergebnis abgebrochen worden. Die Gewerkschaften hielten wiederum an ihren bekannten Forderungen fest, deren Bewilligung für die Arbeitgeber unmöglich ist. Es ist daraufhin die Schlichterkammer gebildet worden, die zurzeit tagt. Wann die Kammer den Schiedsspruch fällen wird, läßt sich noch nicht übersehen.

Viel Lärm um wenig

Wieder einmal hat der Völkerverbund mit großem Aufwand wenig verrichtet. Das scheint das Los zu sein, just, wie das des Dänenprinzen Hamlet, der auch mit viel Aufwand nichts erreichte. Wenn überhaupt, dann hätte der Streit um die Westerplatte diesmal erledigt werden können. Internationale Völkerrechtler von Rang, der Italiener Pilotti und der Engländer Hurst, waren beauftragt, ein Gutachten zu erstatten, das das Ausschichtsrecht Danzigs über die Westerplatte unterzucken sollte. Die Gutachter haben festgestellt, daß das Hoheitsrecht Danzigs über das Gebiet der Westerplatte nicht bestritten werden kann. Das Gutachten stellt weiter fest, daß die Westerplatte als Danziger Staatsgebiet auch der Behördenaufsicht des Freistaates unterliege. Dazu gehört also auch das Ausschichtsrecht und die Zollaufsicht. Die Entscheidung ist so klar und eindeutig, daß der Völkerverbund hätte bestimmen können, zumal die Frage selbst wiederholt behandelt worden ist. Dennoch brachte es der polnische Außenminister Jalecki fertig, dieser klaren Entscheidung durch den Völkerverbund auszuweichen. Die Streitfrage soll durch eine Kommission entschieden werden, der außer Danzig und Polen auch noch Vertreter anderer Mächte angehören sollen. Immerhin ist so viel erreicht worden, daß diese Kommission sich an das Gutachten der Juristen Pilotti und Hurst halten soll. In Danzig ist übrigens eine solche Entscheidung befürwortet worden. Da aber Danzig und Polen in der Kommission nicht allein gelassen werden, da weiter wahrscheinlich ist, daß Deutschland dieser Kommission angehört, ist wohl anzunehmen, daß diese Kommission zu einem

Entschluß kommt, dem der Völkerverbund bisher immer auswichen ist. Wesentlich ist allerdings, daß Polen diesen Entschluß für sich anerkennt. Auch in der polnisch-litauischen Streitfrage ist keine klare Entscheidung gefallen. Vielmehr soll auch hier versucht werden, unter dem Vorbehalt eines unparteiischen Dritten eine Aussprache und Einigung zwischen Polen und Litauen herbeizuführen. Litauen soll dabei in die Aufhebung des sogenannten Kriegszustandes willigen, aber nur soweit es sich um wirtschafts- und handelspolitische Maßnahmen handelt. Für Polen besteht ja der Kriegszustand darin, daß der Holzreichtum Litauens und Nordpolens nicht auf dem Kessel in den Häfen von Memel gebracht werden kan. Auf der anderen Seite soll Litauen indessen nicht gezwungen werden, einen Verzicht auf Wilna auszusprechen. Nach den bestimmten Erklärungen, die Woldemaras in dieser Hinsicht in Genf gegeben hat, kommt eine Verzichtserklärung für Litauen überhaupt nicht in Frage. Auch das Eintreffen Pilsudskis in Genf wird daran nicht viel ändern, trotzdem der Marschall in sehr geschickter Weise früher durch die internationale Presse hat bekannt geben lassen, daß Beweise vorhanden seien, daß Woldemaras vor sechs Jahren mit einem Verzicht auf Wilna einverstanden gewesen sei. Auf die Beschwerden, die der litauische Diktator über das Verhalten Polens im Wanagebiet vortrug, hat der Völkerverbund sich nicht weiter eingelassen. Die Kriegsgefahr im Osten ist also von der Genfer Feuerwehr einstweilen gedämpft worden. Aber die Reibungsflächen sind damit nicht beseitigt. Ganz abgesehen davon, daß die polnische Politik nun einmal imperialistische Elemente in sich trägt, deren Exploitationskraft sich auch noch an anderen Stellen entladen kann.

Begegnung zwischen Pilsudski und Woldemaras

Genf, 10. Dez. Der polnische Ministerpräsident Pilsudski ist heute vormittag kurz nach 10.30 Uhr im Generalsekretariat des Völkerverbundes erschienen. Er begab sich sofort in die Räume des Generalsekretärs. Wenige Minuten später erschien der litauische Ministerpräsident Woldemaras, der sich ebenfalls sofort zu der auf 10.30 Uhr angelegten streng geheimen Besprechung der Ratsmitglieder beim Generalsekretär Sir Eric Drummond begab. Damit findet die erste persönliche Begegnung zwischen den feindlichen Nachbarn Pilsudski und Woldemaras statt, an der man bisher zweifelt hatte. Die gestrige Besprechung zwischen Woldemaras und dem holländischen Außenminister Beloefts von Bloksand hatte bis nach Mitternacht gedauert. Eine Annäherung der Standpunkte ist bis jetzt noch nicht erfolgt.

Der Reichshaushalt für 1928

Berlin, 10. Dez. Das „Berliner Tageblatt“ gibt aus dem Reichsstat für 1928 die folgenden hauptsächlichsten Ziffern wieder:

Der ordentliche Haushalt schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 9 356 000 000 Mark ab, was eine Mehrung von 897 000 000 Mark gegenüber 1927 bedeutet; der außerordentliche Haushalt wird diesmal nur mit 146 Millionen veranschlagt, was gegen das Vorjahr eine Minderung von 329 Millionen Mark bedeutet. Der Gesamtbedarf im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt erreicht also die Höhe von 9,5 Milliarden und überschreitet den des Vorjahres um 347 Millionen Mark.

Die Ueberweisungen an die Länder erfordern im neuen Etat 3 217 000 000 Mark, d. h. also rund 325 Millionen Mark mehr, als im Jahre 1927. Die Aufwendungen für Reparationszahlungen im ordentlichen Haushalt erfordern 348 Millionen Mark mehr als im Vorjahre, nämlich 1 247 000 000 Mark. Ohne die Steuerüberweisungen und die Reparationszahlungen würde also der Etat für die reinen Bedürfnisse des Reiches die Summe von 5 037 000 000 Mark erfordern, das sind 306 Millionen weniger als im Jahre 1927.

Bei den Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben sind auf Grund der Eingänge in dem ersten Halbjahr 1927 und in der Erwartung, daß der wirtschaftliche Aufschwung weiter anhalten wird, Mehreinnahmen von 942 Millionen eingekehrt.

Unter den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Haushalts sind u. a. folgende Beträge von Interesse:

An Reparationslasten treten zu dem bereits angeführten Betrag von 1247 Millionen Mark noch die Verbindlichkeiten aus dem Schuldverschreibungsdienst der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft mit 600 Millionen Mark und diejenigen aus dem Dienst der Industriehuldverschreibungen mit 300 Millionen Mark, so daß die Gesamthöhe der Belastung aus den



Reparationsverpflichtungen sich auf 2207 Millionen Mark beläuft. Die Ausgaben des Reichswehrministeriums schließen im ordentlichen Haushalt mit 589 Millionen Mark für dauernde Ausgaben oder 19 Millionen Mark mehr als im Vorjahre ab. Die einmaligen Ausgaben belaufen sich auf rund 116 Millionen oder etwa 46 Millionen mehr als im Jahre 1927.

Neues vom Tage

Armenien im Thüringer Landtag

Weimar, 10. Dez. Bei der Etatsberatung im Landtag kam es bei der Annahme des Gehaltes des Innenministers zu starken Äußerungen. Der kommunistische Abgeordnete Fischer rief: „Der Minister hat den Kindern das Brot gestohlen und bezieht dafür noch Gehalt.“ Der Präsident erteilte dem Abgeordneten Fischer einen Ordnungsruf und schloß den kommunistischen Abgeordneten Schulze, der noch schärfere Äußerungen gegen den Minister machte, von der Sitzung aus. Der Värm dauerte etwa eine Viertelstunde.

Vormärz gegen amerikanische Senatoren

Washington, 10. Dez. Der Senat ordnete die Einsetzung eines Sonderausschusses an zur sofortigen Untersuchung der von der Hearst-Presse erhobenen Vorwürfe, daß Mexiko für die Wahl dreier Senatoren der Vereinigten Staaten 1.200.000 Dollar ausbezahlt habe.

Schwere Studentenausweichungen in Klauenberg

Budapest, 10. Dez. Wie „N. A. E.“ berichtet, verühten die von einem Kongress in Großwardein heimkehrenden rumänischen Studenten auch in Klauenberg große Ausschreitungen. Die Behörden hatten verfügt, daß der Bahnhof von militärischen Kordons umgeben und nur das Aussteigen der Studenten aus Klauenberg gestattet werde. Der Lokomotivführer hatte auf der Lokomotive zu verbleiben, um den Eisenbahnbetrieb weiterzuführen. Die erbohten Studenten töteten sämtliche Bremsen in Tätigkeit, verhinderten die Abfahrt des Zuges und rissen den Lokomotivführer von der Maschine. Den Militärkordons durchdringend, zogen etwa 2000 Studenten ins Stadlinnere, wo sie Kaufäden ohne Rücksicht auf die Rationalität des Eigentümers, sowie den jüdischen Tempel zerstörten. Der Schaden beläuft sich auf 100.000 Lei.

Verbot der Studentenkundgebungen in Rumänien

Safarek, 10. Dez. In einem Ministerrat wurde beschlossen, für das ganze Land sämtliche Studentenkundgebungen zu verbieten, die anlässlich des 5. Jahrestages der Schaffung des rumänischen Studentenrechtes geplant waren.

Kältewelle in Amerika

New York, 10. Dez. Eine plötzlich aufgetretene Kältewelle verursachte den Tod von 36 Personen. Der Eisenbahnverkehr und der Schiffsverkehr im Seengebiet wird durch Schneestürme stark behindert.

Weitere Befähigungsjurisdiction

Berlin, 11. Dez. Die letzten belgischen Gendarmen, die bisher in Heinsberg stationiert waren, sind, den Blättern zufolge, nunmehr abberufen worden. Stadt und Kreis Heinsberg sind damit wieder befähigungsfrei geworden. Auch für Gellenskirchen besteht die Hoffnung, daß der Abmarsch der dortigen Belagerung bis Weihnachten durchgeführt ist.

Deutscher Reichstag

Berlin, 9. Dezember.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 16 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag des Geschäftsordnungserschusses, die Genehmigung zur Verhütung der kommunistischen Abgeordneten Stöder, Roenen, Hörnle, Deker, Kemmels und Pfeiffer auch weiterhin zu verweigern und das Strafverfahren bis zum Beginn der nächsten Sommerferien des Reichstages oder bis zum Reichstagszuschluß auszusetzen, dagegen die vorüberige Ausernennung eines in diese Zeit fallenden Hauptverhandlungstermins und die vorherigen Ladungen zu genehmigen.

Abg. Dr. Bell (Chr.) erklärt, härteste Mißbilligung müsse man darüber aussprechen, daß die kommunistischen Abgeordneten im Oktober einhellig bei der Verhandlung im Reichsgericht ausbleiben seien. Der Redner begründet einen Antrag der Regierungspartei, monach die Immunität der genannten Abgeordneten vom Beginn der Sommerferien des Reichstages oder vom Reichstagszuschluß ab ganz aufgehoben und dann auch die Verhaftung bzw. Vorführung zugelassen werden solle.

Abg. Dittmann (Soz.) bezeichnet es als ungewöhnlich, daß diejenigen, die im Ausschuß den dort auch angenommenen Antrag stellten, jetzt im Plenum einen anderen Antrag stellen. Es handle sich um einen ausgesprochen politischen Tendenzprozeß. Die Verlesungen der Hütter, Rudendorff und Graefe aus demselben Jahre 1923 würden nicht verfolgt. Redner sei der Propagandastaff der kommunistischen Partei, die ihn zum Dank dafür an die Spitze ihrer nächsten Wahlzettel setzen sollte. (Beifall.)

Abg. Schneller (Komm.) erklärt, die Anwesenheit hätten sich nicht gestellt, weil sie den Beschluß des Reichstages nicht brüskieren lassen wollten.

Abg. Schölem (Linker Komm.): Ihr seid schöne Kommunisten! Nur um einen Reichstagsbeschluß durchzuführen stellt Ihr Euch nicht!

Abg. Hülslein (Komm.) drohend: Halt's Maul! Wir ziehen Dir die Unterhosen stramm! (Beifall.) Du hast am allermeisten Betankung, den Mund auszumachen. (Abg. Schölem verliert lachend unter allgemeiner Heiterkeit den Saal.)

Abg. Landsberger (Soz.) bezeichnet den Antrag der Regierungspartei als unmöglich. Der ganze Prozeß sei nicht mehr zeitgemäß.

Der kommunistische Antrag auf Aussetzung des Verfahrens wird im Himmelssturm mit 165 gegen 139 bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag der Regierungspartei wird gegen Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten, Volksliste und Nationalsozialisten angenommen. Der Gesetzentwurf über die Krankenversicherung der Seelente wird nach einer Erklärung des Abg. Reddermeyer (Komm.), daß seine Fraktion den Entwurf

ablehne, gegen die Stimmen der Kommunisten und Deutsch-nationalen in dritter Lesung angenommen.

Die Gesetzentwürfe zur Ergänzung des Depotsbellenbankgesetzes und über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten werden in der Ausschussfassung verabschiedet, ebenso wird der Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes über Depots- und Depostenschecke bis zum Dezember 1929 zugestimmt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über den deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag.

Abg. Hankens (D. So.) gibt für die Regierungspartei eine Erklärung ab. Es wird darin der Abschluß des Vertrages bekräftigt.

Abg. Frau Sander (Soz.) beantragt die Streichung des Artikels 3, der die Verringerung des allgemeinen Zollsatzes behandelt. Der ganze Reichstag sollte dagegen Widerpruch erheben, daß hier Fragen der Außenpolitik mit innenpolitischen Wirtschaftsfaktoren verquirlt werden.

Reichsernährungsminister Schiele erklärte, im vorliegenden Falle hätten Zweckmäßigkeitsgründe dazu geführt, in das Gesetz über den Handelsvertrag eine mit dem Vertragsinhalt eng zusammenhängende materielle Regelung aufzunehmen. In jedem Falle werde künftig darauf Bedacht genommen werden, daß Vertragsregelungen nicht mit autonomen Regelungen formell vermischt werden. Der Minister sucht dann sachdienlich nachzuweisen, daß sich die Zollerhöhung von 1,50 Mark pro Doppelzentner Inzuckermais angesichts der hohen Verdiensthöhe bei der Verarbeitung und im Handel für den Verbraucher gar nicht auswirken dürfe.

Abg. Meser (Berlin (Dem.)) bezeichnet die Erklärung des Ministers als unbefriedigend. Der Redner stimmt dem sozialdemokratischen Antrag zu, begrüßt aber im übrigen den Handelsvertrag, der geeignet sei, die Beziehungen zu Jugoslawien zu verbessern.

Abg. Hörnle (Komm.) lehnt den Handelsvertrag ab.

Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Streikgesetzesantrages wird die Zollserhöhung mit 183 gegen 159 Stimmen bei 18 Enthaltungen angenommen und der Vertrag in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Vor der Schlussabstimmung erklärte Abg. Müller-Franken (Soz.), daß seiner Fraktion die Zustimmung zu dem Vertrag durch das Vorgehen der Regierung unmöglich gewesen sei. Seine Partei erhebe entschiedenen Protest gegen die Verkopelung der Zollserhöhung mit dem Handelsvertrag.

Darauf wird der Handelsvertrag auch in der Schlussabstimmung gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Das Haus vertagt sich auf Samstag 14 Uhr. Bericht des Ruhrschusses, Spiritusmonopolsese.

Berlin, 10. Dezember.

Vizepräsident Dr. Rieser eröffnet die Sitzung um 14 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Untersuchungsausschusses über die Rubrenschildigungen, der zwar feststellt, daß das Eigentum des Reichstages verletzt worden ist und die Industrien bei den Entscheidungsschritten bevorzugt wurden, die aber weiter keine Folgerungen daraus zieht, als daß dies durch ausreichende Entschädigung der Arbeiter, der Angestellten und des Mittelstandes auszugleichen werde.

Abg. Esser (Chr.) beantragt als Berichterstatter des Ausschusses, den Bericht durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären. Die Kommunisten haben einen ausführlichen Gegenantrag eingebracht, der zu dem Ergebnis kommt, daß die Reichsregierungen Strejmann und Marx die Reichskasse um 715 Millionen beraubt und eine geradezu schamlose Bereicherung der Ruhrindustriellen auf Kosten der Allgemeinheit unter Umgehung des Reichstages betrieben hätten. Der Reichstag solle aus diesen Gründen beschließen, die Reichskasse Strejmann und Marx vor den Staatsgerichtshof zu stellen, die 715 Millionen von den Ruhrindustriellen wieder einzuziehen und zur Entschädigung der Arbeiter, Angestellten und kleinen Leute des Mittelstandes zu verwenden.

In der Aussprache über den Ausschussbericht erklärt Abg. Limberg (Soz.), daß nur durch einen Zufall bekannt geworden sei, in welcher Weise im Jahre 1923 die kleine Schicht der Bergindustriellen den übrigen Ruhrbeschädigten gegenüber bevorzugt worden sei. Der heute noch fällige Ausgleich für Arbeiter, Angestellte und Mittelstand müsse schleunigst herbeigeführt werden.

Abg. v. Lindenecker-Wildau (Dn.) erklärt, es könne dem Reich nicht nützlich sein, wenn man jetzt, um parteipolitische Geschäfte zu machen, solche Behauptungen über die Schuld Deutschlands aufstelle. Alle Bevölkerungskreise seien sich damals einig gewesen, daß der Ruhrbergbau erhalten bleiben müsse. Im Ausschuß sei zwar eine objektive Staatsverleugung festzustellen worden; im übrigen waren sich aber mit Ausnahme der Kommunisten alle Parteien einig, daß ein subjektives Verschulden keinem der beteiligten Minister vorzuwerfen sei.

Abg. Esser (Chr.) bedauert, daß diese Angelegenheit immer wieder politisch mißbraucht werde. Auch der Ausschussbericht habe leider die falschen Anschauungen im Volke nicht beseitigt. Der wundeste Punkt bei der ganzen Angelegenheit sei die Bevorzugung der Großindustrie gegenüber den übrigen Geschädigten. Hier sei noch ein riesenartiges Unrecht auszumachen. Die noch laufenden Entschädigungsansprüche müssten in liberaler Weise schleunigst erledigt werden.

Abg. Winnefeld (Dn.) weist die Behauptung zurück, daß die Industrie auf die Besetzung hingearbeitet habe. Die Besetzung des Ruhrgebiets habe in der Absicht der französischen Regierung gelegen, die die Ruhrkohle in ihre Hand bekommen wollte. Der Redner tritt ebenfalls für einen gerechten Ausgleich gegenüber den geschädigten Arbeitern, Angestellten und dem Mittelstand ein.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) betont, daß die Vorzugsbehandlung der Ruhrindustrie durch die Ausschussuntersuchung erwiesen sei. Es müßte als ein Unrecht empfunden werden, daß der Ruhrbergbau ohne Kenntnis des Reichstages 700 Millionen bekam zu einer Zeit, als den übrigen Geschädigten sonst wurde, sie könnten nichts bekommen. Der Rechtsanspruch der Ruhrindustrie sei zudem sehr zweifelhaft. Der Redner bezeichnet die Entschädigung der Ruhrindustrie als eine der bedauerlichen Folgen des starken Anwachsens der Konzernbildung in Deutschland, die immer mehr Einfluss auf die Regierungsgeschäfte zu gewinnen suche.

Darauf wurden die Beratungen abgebrochen. Ein Antrag aller Parteien auf Vorlegung einer Denkschrift über die Untersuchungen für die ehemaligen Dozenten- und Marinearbeiter wird angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Montag, 15 Uhr: Lohnsteuererlegung, Spiritusmonopolsese, Fortsetzung der Ruhrdebatte.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 12. Dezember 1927.

Altensteiger. Am gestrigen Sonntag nachmittag veranstaltete der Evang. Volksbund im Bräutigamsaal des Gemeindehauses hier eine Altenfeier, die einen recht schönen Verlauf nahm und den zahlreich erschienenen Alten unseres Städtchens einige freudvolle Stunden bereitete. Die Tische waren freundlich geschmückt und der Saal heimelig hergerichtet, so daß sich die Gäste recht wohl darin fühlten. Stadtpfarrer Horlacher eröffnete die Feier mit Psalmworten und nach einem Gesang des Mädchenchors hieß er die Alten herzlich willkommen, gedachte der im letzten Jahre gestorbenen 12 Alten und der Kranken und Gebrechlichen, welche nicht bei der Altenfeier amabend sein konnten. Er zeigte dann in seinen trefflichen Ausführungen, wie auch die Alten, die ihre Hauptarbeit hinter sich haben, in ihrem kleineren Aufgabenkreis noch ein Segen sind und sein können. Der Mädchenchor sang unter der Leitung von Hauptlehrer Doppel wiederholt und bereitete mit seinen Gesängen einen wirklichen Genuß. Herr Doppel auch sonst mit seinem Spiel auf dem schönen neuen Flügel des hiesigen Musikvereins. Allerliebste waren die Kinderchüler, die durch ihr Auftreten auf der Bühne unter Anleitung ihrer Kinderlehrerin Pauline viel Freude bereiteten. Gärtner Luy trug wieder, wie bei den früheren Altenfeiern, ein Gedicht vor und bei Kaffee und Gebäck unterhielten sich die Alten vortrefflich. Nachdem noch der Christbaum angezündet und nach gemeinsam gesungenem Lied sprach der Vorsitzende des Evang. Volksbundes die Schlussworte an die Gäste und Dankesworte an die Mitwirkenden. In freundlicher Weise zur Verfügung gestellten Autos wurden diejenigen Alten, die nicht mehr gut laufen konnten, in ihr Heim zurückgebracht. Jedenfalls war auch die diesjährige Altenfeier für viele unserer Alten ein Lichtblick in ihren oft dunklen und trüben Tagen und damit hat er seine Aufgabe erfüllt.

Autolinie Ragold-Pfalzgrafenweiler. Die Bemühungen der Gemeinden Ragold, Walldorf, Bödingen, Egenhausen und Pfalzgrafenweiler um eine Autolinie Ragold-Pfalzgrafenweiler, haben einen Erfolg gezeitigt. Die zunächst von der Firma Benz und Koch-Ragold geplante Autolinie auszuführen, hat sich nun die Oberpostdirektion bereit erklärt. Am letzten Samstag hat bereits eine Probe-fahrt auf der genannten Linie seitens der Postverwaltung stattgefunden und es ist damit zu rechnen, daß die Autolinie schon am 21. Dezember in Kraft tritt. Es ist eine täglich dreimalige Verbindung vorzugehen, zunächst mit einem 14 Sitzer-Omnibus, der in Pfalzgrafenweiler stationiert werden soll. Die Linie führt von Ragold nach Kohldorf, Walldorf, Egenhausen, Bödingen, Pfalzgrafenweiler und zurück bzw. umgekehrt.

Wart, 11. Dez. (Abschied.) Unter Teilnahme der ganzen Einwohnerschaft, zahlreicher Kollegen und Holzhauer fand heute nachmittag in den dicht besetzten Dirschhofen eine Abschiedsfeier für den von hier scheidenden Förster Allgäier statt. Er gehörte 21 Jahre dem Forstamt Altensteig an und zwar war er 4 Jahre in Altensteig und 17 Jahre hier im Dienst. Welcher Hochachtung und Wertschätzung er sich hier und in der Umgebung, bei Vorgesetzten, Kollegen, Holzauern und den Gemeindegliedern erfreute, ging aus der großen Teilnahme, aber auch aus den Abschiedsreden hervor. Der Vorstand des Kriegervereins, Karl Boltz, der den vom Kriegerverein veranstalteten Abschied leitete, begrüßte die Versammlung, wies auf die Verdienste des Scheidenden im Kriegerverein und seine treue Pflichterfüllung als Schriftführer deselben hin und widmete als Andenken einen silbernen Becher mit Urkunde. Forstmeister Winter sollte dem Scheidenden großes Lob und schickte ihn als zuverlässigen und ehrenwerten Förster. Haxner Stübler widmete dem Scheidenden und seiner Frau, die sich vielfach in den Dienst der Gemeinde stellte, Dankesworte. Auch Schultheiß Hartmann gab in seinen Abschiedsworten den Gefühlen der Einwohnerschaft Ausdruck. Forstwart Schwenger-Spielberg sprach namens der Kollegen, bei denen er große Wertschätzung genoss. Der Kirchenchor, den Frau Förster Allgäier längere Zeit leitete, sang einige Lieder und Hauptlehrer Reich trug noch durch einige Beiträge in bayerischer Mundart zur Unterhaltung der Gäste bei. So verlief der Abend, an dem man gemeinsam gesungenes Lied erscholl, in harmonischer Weise. Von allen Seiten wurde dem Bedauern über das Scheiden der beliebten Försterfamilie Ausdruck verliehen und wir wollen hoffen, daß die aufrichtig ausgesprochenen Wünsche für ihre Zukunft reichlich in Erfüllung gehen.

Neuenbürg, 10. Dez. (Schaffung eines Bezirkswohlfahrtsamts.) — Die Kleinentzstraße.) Nachdem die Veranschlagung des Bezirkswohlfahrtsamts auf Grund Reichsgesetz festgestellt, wurde von der Amtsvorversammlung einstimmig beschlossen, dem Verwaltungsbezirk des Verwaltungsamts Kleinentz die weiteren Gemeinden des bisherigen Verwaltungsbezirks I zuzuteilen und aus Bezirksfürsorgestelle und Jugendamt das Bezirkswohlfahrtsamt zu bilden. Der bisherige Geschäftsführer des Jugendamts und stellvertretender Leiter der Bezirksfürsorgestelle, Obersekretär Wild, wird in die umgewandelte gehobene Stelle des Geschäftsführers des Bezirkswohlfahrtsamts befördert und erhält die amtliche Bezeichnung „Rechnungsrat“. — In der Amtsvorversammlung kam auch die Frage der Kleinentzstraße zur Behandlung. Nachdem der Vorsitzende über den Stand der Verhandlungen in Calw über die Kleinentzstraße berichtet hatte, wurde nach kurzer Beratung einstimmig beschlossen, das Calwer Protokoll vom 8. November 1927 anzuerkennen und unter der Voraussetzung, daß die Staatsforstverwaltung das Calwer Protokoll von diesem Tage annimmt, auf die in der Amtsvorversammlung vom 15. Juni 1927 stipulierten Bedingungen der Uebernahme der Haftung der Staatsforstverwaltung gegenüber der Amtskörperschaft Neuenbürg, für etwaige Ausfälle beim Einzug der Anteile an der Unterhaltungs-last, zu verzichten.

Stuttgart, 10. Dez. (Die Wohnungskredit-Anleihe gescheitert.) Der im Oktober gemeldete Abschluß einer sechsprozentigen Auslandsanleihe der Württ. Wohnungskreditanstalt in Stuttgart (Auszahlung 65,8) auf 3 1/2 Jahre unter Garantie des Württ. Staates, ist gescheitert, indem die amerikanische Fa. Blair u. Co. von dem vorgesehenen Rücktrittsrecht Gebrauch gemacht hat. In der Zwischenzeit ist durch die Anleihe vermittelnde Großbank (Darmstädter und Nationalbank, Filiale Stuttgart) ein Teilbetrag dieser Anleihe über Holland beschafft worden, allerdings 2 v. H. teurer, als beim amerikanischen Abschluß vorgesehen war. (Auch ein Folge des Memorandums der Reparationsagenten!)

Weihnachtsmesse der Staatlichen Kunstgewerbeschule. Die Verkaufsausstellung der Kunstgewerbeschule im Handelshof (Königsstraße) ist täglich von 9 bis 19 Uhr geöffnet; der Eintritt ist frei. Die ausgestellten Arbeiten wie Holzdosen und Holzschnitzerei, Schmuck und Leuchten, Schalen und Becher aus Messing und Silber, Rissen, Schals, Krawatten, Spitzen, Taschen und bedruckte Stoffe, Wandbehänge und Teppiche, ferner Bücher, Vasen und Schalen aus Ton und bemalte Porzellanstücken und Porzellan, bieten eine reiche und günstige Kauf Gelegenheit. Die Beschäftigung der Ausstellung kann warm empfohlen werden.

Der teure württembergische Wein. In einer Versammlung des Stuttgarter Weivereins kam der erste Vorsitzende, Gemeinderat Frank, auf das Herbstgeschäft 1927 zu sprechen. Er gesteuerte das Verhalten verschiedener Kollegen, durch deren Schuld die Weinpreise in unsinniger Weise in die Höhe getrieben wurden. Dadurch, daß diese Kollegen glaubten, auf jede Weinversteigerung springen zu müssen, auch wenn sie nur einen kleinen Bedarf an Wein haben, und dort Preise bezahlen, die in gar keinem Verhältnis zu der Güte und zur Marktlage im allgemeinen stehen, werde das Weingewerbe um viele Hunderttausende Mark geschädigt. Ein solches Verhalten müsse direkt frevelhaft genannt werden. In keinem Ort in Württemberg sei auch nur der Gedanke erwogen worden, daß für das diesjährige Erzeugnis mehr erlistet werden könne, als für das vorjährige. Die Preise, die im Herbst bezahlt worden seien, lassen dem Wirt überhaupt keinen Verdienst mehr, denn die wirtschaftlichen Verhältnisse werden sich nicht bessern, sondern voraussichtlich noch mehr verschlechtern. Es sei heute schon die Erfahrung zu machen, daß die teuren Weine nicht abgesetzt werden können. Diese hohen Preise seien aber auch nicht etwa im Interesse des Weingärtnerstandes gelegen, denn die Wirte seien gezwungen, das württembergische Erzeugnis liegen zu lassen und sich Pfälzer, Tiroler und sonstige Weine zu kaufen, die wenigstens heute noch zu einem erschwinglichen Preis zu haben sind. Es sei bei den Versteigerungen weiter noch die Erfahrung gemacht worden, daß nicht nur die Wirte die Weinpreise in unsinniger Weise in die Höhe getrieben haben, sondern zum Teil auch der Weinhandel, der natürlich ein Interesse daran habe, daß die Weinpreise recht hoch werden, damit seine Lagervorräte entsprechend im Preis steigen. Solchen Weinhändlern sollte von den Wirten überhaupt nichts abgekauft werden. Die Ausführungen des Vorsitzenden wurden von der Versammlung mit Zustimmung aufgenommen.

Wiesfelden, 10. Dez. (Verhängnisvolle Verwechslung.) Der 30jährige verheiratete Goldarbeiter W. Stumpf wollte ein Schnäpschen trinken. Er ersah aber die Flasche mit Schwefelsäure und trank davon. Jetzt liegt er lebensgefährlich verletzt im Krankenhaus.

Weinsberg, 10. Dez. (Auszug der letzten Behörde.) In diesen Tagen verlegt das hiesige Bezirkswohlfahrtsamt seinen Sitz ins neue Körperchaftsgebäude nach Heilbronn. Damit verläßt wohl die letzte mit dem früheren Oberamt zusammenhängende Behörde Weinsberg.

Schramberg, 10. Dez. (Auf der Masfalta ums Leben gekommen.) Nach Wochen sorgenvollen Wartens haben die Angehörigen des 23jährigen Kaufmanns Eugen Schneider jetzt die Gewißheit erhalten, daß dieser beim Untergang des Dampfers Masfalta in den brasilianischen Gewässern am 25. Oktober den Tod gefunden hat.

Schwenningen, 10. Dez. (Ueberfahren.) Auf der Straße Willingen-Schwenningen wurde in der Nacht ein hiesiger Mann, der sich mit Frau und Kind auf dem Heimweg befand, von einem Schwenninger Auto überholt und dabei zu Boden geworfen. Mit einer schweren Schädelverletzung blieb er liegen, bis ihn ein später des Wegs kommendes Auto in das Schwenninger Krankenhaus verbrachte. Die Schulfrage ist noch nicht geklärt.

Wiberaach, 10. Dez. (Milchpreiserhöhung.) Die am letzten Mittwoch hier stattgefundenen Versammlung der Milchschlieferanten und Milchhändler hat beschlossen, den Milchpreis um einen Pfennig zu erhöhen.

Schmidts, 10. Dez. (Sturz.) Der Dienstrecht Jos. Haringer von Frauenriedhausen bei Dillingen stürzte so unglücklich von der Treppe, daß er mit einem schweren Schädelbruch liegen blieb. Ohne das Bewußtsein wieder zu erlangen, verschied der Berunglückte.

Buchau, 10. Dez. (In den Blygableiter gestürzt.) Beim Montieren von Leitungsröhren beim Hause des Anton Werkle fiel der Monteur Frh Plumm durch Bruch der Gurte in den Blygableiter, der ihm das ganze Gesicht bis tief in den Rücken hinein durchschlug. Der Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus übergeführt.

Dalsmungen, 10. Dez. (Im Kanal ertrunken.) Sein erstes Todesopfer hat der Kanal am Donnerstag in den Abendstunden gefordert. Der seit mehreren Jahren hier ansässige ledige 44 Jahre alte Hälshner Heim kehrte abends vom Besuch der Ulmer Messe zurück. Bei der Notbrücke bemühte er den hinter den Dorfgräben den Kanal entlaufenden Fußweg. Dort wollte er sein

Fahrrad besteigen, fiel aber mit demselben in den Kanal. Sein Begleiter wollte ihm helfen, stürzte aber gleichfalls in das Wasser. Heim versuchte, das andere Ufer zu erreichen, während Bauer sich an der Böschung halten konnte. Auf die Hilferufe des letzteren eilten zwei Dienstknechte herbei und retteten ihn. Heim dagegen konnte nicht mehr gerettet werden; er war offenbar einem Herzschlag erlegen. Sein Körper trieb kanalwärts. Bauer und den beiden Knechten gelang es, mit einer Stange den Heim unterhalb der Notbrücke an das Ufer zu schaffen. Angestellte Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Bom Strombergortland, 10. Dez. (Billiges Tafelobst.) In den letzten Tagen wurde in der Gegend von auswärtigen Händlern viel Tafelobst aufgekauft, in der Hauptsache Luiken. Der Preis (der Ztr. 7-8 M) erscheint allerdings sehr niedrig. Aber einem großen Obstangebot steht nur eine geringe Nachfrage gegenüber.

Landtagsauswahl und Landtagswahlrecht

Stuttgart, 10. Dez. Der Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft nahm heute die Beratung einer Eingabe der württ. Gewerbevereine und Handwerkervereine betr. Abänderung des Landtagswahlgesetzes vom 7. April 1924 vor. In dieser Eingabe wird um schleunige Veränderung des Landeswahlrechts gebeten. Berichterstatter ist der Abg. Kühle (Ztr.). Die Ausführungen in der Eingabe richten sich hauptsächlich gegen die bei jeder Wahl durch die Parteileitungen „veränderten Einteilung der Wahlkreise“, gegen die „lange gebundenen Listen“, besonders gegen die zu stark bedachte „Landesliste“, und verweist auf die neue badische Regelung als Musterorbild. Der Berichterstatter bringt zum Ausdruck: Der Verfasser der Eingabe habe sehr wenig wahlrechtliche und wahlgesetzliche Kenntnisse, ja nicht einmal eine genaue Kenntnis des gegenwärtigen württ. Landtagswahlgesetzes. Min. Rat Dr. Kiefer äußert sich einnehmend zu der Eingabe. Die Verhältnisse sind reichsrechtlich vorgezeichnet, kann also in Württemberg nicht geändert werden. Die in der Eingabe geforderte „gesamte Neulegung der Wahlkreise“ ist das schon württ. Gesetz in Art. 1, Abs. 2 bereits geschehen, monach jedes Oberamt und die Stadt Stuttgart einen Wahlkreis darstellt. Die Regelung in Baden ist nicht ideal und kann nicht ohne weiteres auf Württemberg übertragen werden, weil hier die Verhältnisse jetzt anders liegen. Nach dem badischen Gesetz können auf Württemberg etwa 120 Abgeordnete (statt 80). Ein Mitglied der Bürgerpartei erklärt, daß a. B. der Präsident der Stuttgarter Handwerkskammer von der Eingabe erst als Abgeordneter erfahren hat. Nach dem Voranschlag der Eingabe würde gerade das Handwerk benachteiligt. Ein Sozialdemokrat stimmt, daß die Voraussetzung für eine etwaige Veränderung die Verwaltungsreform und die Umgestaltung der unteren Verwaltungsbezirke sei. Ein Kommunist hebt hinter der Eingabe den Plan zur Gründung einer Wirtschaftspartei. Die Abstimmung wurde auf die nächste Sitzung verschoben.

Die Verteilung der Steuerlasten

Stuttgart, 10. Dez. Die Kleine Anfrage des Abg. Winker, betr. eine gerechte Verteilung der Steuerlasten, hat das Finanzministerium wie folgt beantwortet: 1. Das Grund- und Gewerbesteuergesetz vom 7. Januar 1927 hat im Ganzen, d. h. nach dem Verhältnis der drei Gesamtkataster zueinander, schon für das Rechnungsjahr 1926 das von Regierung und Landtag erwünschte Ergebnis gebracht. Die Steuerlast des einzelnen Gewerbetreibenden hat sich in den Grenzen der Tragbarkeit und der Leistungsfähigkeit gehalten. Soweit sie als übermäßig hoch empfunden wird, ist sie nicht durch das Gewerbesteuergesetz verschuldet, sondern durch den verlorenen Krieg und durch die Folgen, die sich daraus entwickelt haben. Vom 1. April 1927 ab hat die Herabsetzung der Staatssteuer von sieben auf fünf Prozent die Steuerlast gleichermäßen für Gewerbe wie für Landwirtschaft und Hausbesitz erleichtert.

2. Der Grundgedanke des Gesetzes, die Besteuerung des Gewerbetreibenden nach dem dreijährigen Durchschnitt, kann sich erst mit der dritten Veranlagung auf 1. April 1928 auswirken. Sobald die unvermeidbaren Folgen des Ueberganges zu einem neuen Steuersystem verschwunden sind, die für das erste Jahr 1926 zu Nachzahlungen und Rückstellungen gegenüber der nach der vorjährigen Steuerlast zu leistenden Vorauszahlung geführt haben, werden auch die Unebenheiten ausgleichend sein.

3. Wie dem Finanzministerium bekannt geworden ist, hat der Fragesteller namens der sog. Fraktion des Landtags in einem abgedruckten Rundschreiben die Schuldlosen unter Zusticherung der Verschwiegenheit gebeten, ihm in einem beigelagerten Vorstudium das Gewerbesteuer einzelner Gewerbetreibender für die Jahre 1914, 1926 und 1928 mitzuteilen. Die Verleiherinnen aber, die gegenüber 1914 und 1928 in dem Gewerbesteuer des einzelnen Gewerbetreibenden einnetreten sind, und ebenso das Gewerbesteuer von 1926, geben nach keinen Anhaltspunkt dafür, daß das neue Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuerrecht bei seiner vollen Auswirkung zu einer ungerechten Verteilung der Steuerlast führt.

4. Unter der Einwirkung der wirtschaftlichen Besserung im Wirtschaftsjahr 1927 und des dreijährigen Durchschnitts wird die Gewerbesteuerveranlagung zum Teil schon für 1927 und noch mehr für 1928 ein wesentlich gleichmäßigeres Bild zeigen. Soweit mit Wirkung vom 1. April 1929 ist nach dem Entwurf des Steuervereinsgesetzgebungsgesetzes, der derzeit dem Reichsrat vorliegt, mit einer reichsrechtlichen Regelung der Gewerbesteuer wie auch der Grund- und Gebäudesteuer zu rechnen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Der Prinzenbesuch an Bord des Kreuzers „Berlin“. Der Reichsdienst der deutschen Presse weiß mitzuteilen, daß der Reichswehrminister den Führer des Kreuzers „Berlin“, Kapitän Kolbe, aufgefordert habe, sich sofort nach Berlin zu begeben, um über die Vorgänge bei dem Besuch des Prinzen Heinrich an Bord des Kreuzers „Berlin“ vor Ederndörfer Bericht zu erstatten. Kapitän Kolbe werde von Radiz, wo der Kreuzer „Berlin“ inzwischen eingelaufen ist, nach Berlin reisen. Inzwischen werde der Kreuzer seine Fahrt von Radiz nach Genua fortsetzen. (Es wird besonders der Vorwurf erhoben, daß Prinz Heinrich auf dem Kreuzer eine Ansprache an die Matrosen gehalten habe.)

Folgen schwere Gasexplosion. In Löwen (bei Brieg) entstand im Hause eines Lehrers a. D. eine Gasexplosion, die das Dach zerstörte und eine Wand einbrachte. Eine Frau mit ihrem einjährigen Entföden wurde dabei getötet.

6000 M Lohngelder geraubt. Wie die „Bergische Nacht“ meldet, drangen zwei maskierte Räuber in das Straßenbaubüro bei Hoernerich (Köln) ein, hielten die drei anwesenden Angestellten mit Revolvern in Schach und raubten eine Kasse mit 6000 M Lohngeldern. Die Räuber entkamen unerkannt.

Bermischtes.

Die Christrose. In diesem Winterchlasse liegt die Pflanzenwelt um die Weihnachtszeit, harrend unter der Decke von Eis und Schnee der Auserstehung im Frühjahr. Und doch gibt es eine Pflanze, die gerade in der Weihnachtszeit ihre Blüten entfaltet. Das ist die Weihnachts- oder Christrose, zart und sinnig vom Volksmund so getauft, obwohl sie mit einer Rose nichts gemein hat. Sie gehört vielmehr zur Familie der Hahnenfußgewächse, ihr botanischer Name ist *Helleborus niger* und gewöhnlich findet sich dahinter in den Floren als deutsche Bezeichnung der wenig poetische Name „Schwarze Nieswurz“. Dieser kommt daher, daß die in Pulver zerkleinerte schwarze Wurzel der Pflanze, wie es schon bei den alten Griechen und Römern Gebrauch war, früher vielfach angewandt wurde, um Kranke zum Niesen zu reizen und damit auch Scheintode unter Umständen wieder dem Leben zuzuführen. Der medizinische Gebrauch hat längst aufgehört, der häßliche Name aber ist geblieben. Lassen wir aber jetzt die profane Bezeichnung der recht hübschen Pflanze, die gerade in der strengsten Winterzeit zu blühen anfängt, und halten uns an den Namen „Christrose“. In alten Sagen kehrt oft die Erzählung wieder, daß in der Stunde, als der Heiland geboren wurde, mitten in der Winternacht auch Bäume, Sträucher und Kräuter herrlich zu blühen anfangen. Gesehen hat dies Wunder aber nur die fromme Phantasie, vorbei sind in unserer Zeit die frommen Träume, aber geblieben ist doch der Anblick einer zur Weihnachtszeit blühende Pflanze. Ihre derben, immergrünen Blätter sind fuchsförmig gestaltet, aus der Wurzel entspringt der Blütenstengel mit ziemlich großen grünlich-weißen Blüten. Wird kommt die Christrose in den Alpen vor, sodann auf der Schwäb. Alb und sonstigen höher gelegenen steinigen Abhängen. Man findet sie auch in Gärten angepflanzt und vom Gärtner kultiviert und ist um die Weihnachtszeit für einen nicht allzu hohen Preis zu kaufen. Eine gewisse Vorsicht aber sei beim Umgehen mit der Blume empfohlen, denn die Christrose enthält in allen ihren Teilen ein ziemlich scharfes Gift. Dichter aller Zeiten und Völker haben die Christrose besungen. Eduard Mörike singt in seinem Gedicht „Die Christblume“:

Schon bist du, Kind des Mondes, nicht der Sonne
Dir wäre tödlich anderer Blumen Sonne.
Dich rühmt, den leuchten Leib voll Reiz und Duft,
Sümmlicher Kälte balsamische Luft.
Dich würdest, mahnend an das heilige Leiden,
Fünf Purpurroten schon und eins wie Blei;
Doch kindlich stierst du um die Weihnachtszeit
Lichtstrahl mit einem Hauch dein weißes Kleid!

Postschekterkehr in Württemberg im November 1927. Zahl der Postschektkunden Ende November 37 274, gegen Oktober mehr 7. Von dem Umsatz (507 Millionen M.) sind 398 Millionen M bargeldlos beglichen worden. Im Ueberweisungsdreißer mit dem Ausland wurden 502 000 Mark umgeseht.

Die Zustellung unbestellter Waren. Der Empfänger einer von ihm nicht bestellten Warensendung, wie sie so oft in geradezu belästigender Weise von teilweise ganz unbekanntenen Firmen den Adressaten ins Haus geschickt werden, ist zu deren Empfang und Zahlung nicht verpflichtet. Die Bestimmung der Postordnung, daß Postsendungen, die nicht angenommen werden, ohne neues Porto an den Absender zurückgeleitet werden dürfen, ist vielfach nicht bekannt. Voraussetzung hierfür ist aber immer, daß die Verweigerung der Annahme bei der Zustellung oder Abholung der Sendung sofort erklärt wird, daß der Empfänger von dem Inhalt der Sendung keine Kenntnis genommen, sie also nicht geöffnet hat. Dasselbe gilt von Paketen und Frachtgütern, Postpakete, deren Annahme der Empfänger sofort bei der Zustellung oder Abholung verweigert, werden auf Kosten des Absenders an den Aufgabeort zurückgeleitet werden; der Rücksender (der ursprüngliche Empfänger des Pakets) hat in diesem Fall keinerlei Gebühr zu entrichten. Ordnungsmäßig zugestellte Sendungen müssen, wenn ihr Inhalt wieder dem Absender zugeschickt werden soll, neu verpackt und mit neuer Aufschrift aufgegeben werden; andernfalls verweigert die Post deren Annahme. Die Postordnung kennt nur einen Ausnahmefall, in dem bereits geöffnete Postsendungen portofrei zurückgeleitet werden, nämlich solche, die Lotterielose oder Auerbieten zu einem Glücksspiel enthalten, an dem sich der Empfänger gefällig nicht beteiligen darf. Solche Sendungen werden von der Post zurückgenommen, wenn sie sofort nach dem Öffnen zurückgegeben werden. In diesen Fällen hat der Absender die Kosten der an ihn zurückgegangenen Rücksendung zu tragen. — Eine Verpflichtung zur Zurücksendung unbestellter Waren besteht an sich nicht, dagegen für den Empfänger, wenn er sie nicht zurücksendet, eine Aufbewahrungspflicht, die unter Umständen sehr lästig werden kann. Es empfiehlt sich deshalb, Sendungen vor ihrer Annahme und Öffnung genau zu prüfen, weil sich sonst leicht Unannehmlichkeiten und Weiterungen nicht vermeiden lassen. Unbestellte Waren, die zugehandelt werden, sind aber meist schon äußerlich erkennbar und können deshalb vom Empfänger ohne Prüfung ihres Inhalts dem Postboten zur Rückbeförderung übergeben werden, die dem Rücksender keine Portoauslagen verursacht.



Handel und Verkehr

Wöchentliche Berliner Preisliste vom 9. und 10. Dezember

Ware	Preis	Ware	Preis
Russisch (100 Stk.)	1.791	1.790	1.791
Donau (100 Stk.)	30.429	30.429	30.429
Donau (100 Stk.)	4.194	4.192	4.192
Amsterd. (100 Stk.)	109.31	109.31	109.31
Frankf. (100 Stk.)	56.54	56.56	56.56
Frankf. (100 Stk.)	22.70	22.74	22.825
Frankf. (100 Stk.)	112.34	112.46	112.35
Frankf. (100 Stk.)	111.34	111.50	111.34
Frankf. (100 Stk.)	16.475	16.515	16.47
Frankf. (100 Stk.)	12.40	12.42	12.305

Berliner Börse vom 10. Dez. Nach dem schwächeren Verlauf der letzten Abendbörse hatte man für heute vielleicht ein weiteres Ansteigen der Tendenz erwartet. Aber schon im Vormittagsverkehr lag es entschieden freundlicher aus und der offizielle Beginn brachte der Bourse eine Enttäuschung. Bei trotz des Samstags lebhaften Geschäft konnten sich ansehnliche Kursgewinne durchsetzen, die, wenn man die letzten Kursnotierungen zum Vergleich heranzieht, 5 bis 3 Prozent im Durchschnitt betragen. Aber auch gegen den gestrigen Höchststand konnte man nur einen Gewinn von 1-2 Prozent heftigen. Der Marktmarkt lag ziemlich vernachlässigt, die Tendenz war aber auch hier beachtlich, da man an ein Kommando in irgend einer Form, wahrscheinlich durch Zahlungsbefreiung, bei den Schlichtungsverhandlungen glaubt. Im Verkehr wurde der Börse bekannt, daß der heute ersehnte Reichsbankdiskont eine höhere Entlastung bringen werde. Daraus ließen sich Befürchtungen ein und die Kurse lagen um weitere 1 bis 2 Prozent an. Anleihen bedauert, Ausland rüde, Pfandbriefmarkt lag bei hohem Geschäft und etwa befristeten Kursen, in sich selbst sehr, Devisen eher angeboten, Markt erholt, Pfund weiter fest. Notendruck leicht abgeschwächt, Geldmarkt unverändert.

Internation. Kohlen- und Gummimarkt vom 10. Dez. Obelisk 15-20, Kohlen 10-15, Spalterbirnen 20-25, Tafelbirnen 10-20, Kalkstein 30-40, Kalkstein 5-6, Gubinsolol 6-15, Stärke 5-6, Silbertrout 1-6, Weißtrout 4-6, Rottrout 6-7, Blumenkohl 20-30, Kollens 15-25, etc. 0.5 Rgr. 20-30, rote Rüben 6-8, gelbe Rüben 3-4, Karotten runde 1 Pfund 10-20, Zwetschen 0.5 Rgr. 8-12, Heide 3 Rgr. 7, Sellerie 1 Stck 10-15, Sojnat 30-40, Rottrout (Rauh) 1 Stck 1-6, weiße Rüben 4-6.

Kundholzmärkte. Die Stadtgemeinde Mengen brachte am 9. ds. ein größeres Quantum Nichtenlangholz in guter Beschaffenheit bei günstiger Abfuhr im Submissionswege in 2 Losen zum Verkauf. Höchstgebot für Los 1 betrug 116,25 Prozent, für Los 2 115 Prozent der neuen Taxe. — Am 10. ds. verkaufte die Gemeinde Hirschweiler bei Freudenstadt in Steigerung 280 Festmeter Nadelholz, meist Fichten, in 13 Losen. Erlös wurden 126-134 Prozent, durchschnittlich ca. 128 Prozent. Käufer sind fast ausschließlich ortsanhörige Sägmühlereibesitzer.

Letzte Nachrichten

Dr. Luther und der Reichsbahnverwaltungsrat
Berlin, 11. Dez. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erfährt, hat Reichskanzler Dr. Marx erneut an den preussischen Ministerpräsidenten Brauns ein Schreiben gerichtet, in dem ausgeführt wird, daß die Reichsregierung keine Möglichkeit sehe, das Urteil des Staatsgerichtshofes, demzufolge Preußen einen Anspruch auf Vertretung im Verwaltungsrat der Reichsbahn hat, zu vollstrecken, da die freigewordene Stelle durch den Reichskanzler a. D. Dr. Luther besetzt ist und Dr. Luther, ebenso wie alle übrigen Verwaltungsratsmitglieder, sich nicht zu einem Rücktritt bereit erklärt habe. In dem Schreiben wird, wie der genannten Korrespondenz zufolge verlautet, anheim gegeben, beim Staatsgerichtshof einen neuen Antrag auf Vollstreckung des früher ergangenen Urteils einzubringen und es wird erklärt, daß die Reichsregierung in einem solchen Antrag keinen „unfreundlichen Akt“ erblicken werde.

Brauns Antwort an Marx
Berlin, 11. Dez. Der preussische Ministerpräsident wird, wie der „Sozialdemokratische Pressedienst“ erfährt, im Verlaufe der bevorstehenden Landtagsdebatte über den preussischen Etat unter anderem auch zu der Antwort des Reichskanzlers auf die preussische Beschwerde zu dem Telegramm des Reichsinnenministers von Reubell an die deutsche Studentenschaft Stellung nehmen. Außerdem dürfte er sich mit den anderen noch schwebenden Konflikten zwischen dem Reich und Preußen befassen.

Eine Rede des Ministerpräsidenten Held
Regensburg, 11. Dez. Ministerpräsident Dr. Held hielt heute in einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei eine Rede über die gegenwärtige politische Lage. Er führte u. a. aus: Der Vertrag von Locarno ist die größte Selbstentäußerung des deutschen Volkes. Doch was geschehen ist, ist geschehen. Die Abrüstungsverhandlungen erwecken nicht die Hoffnung, daß durch den Völkerbund Kriege wirk-

lich verhindert werden können. Die Verschuldung Deutschlands steigt von Jahr zu Jahr. Dennoch wäre es falsch, sich gegen die Anleihepolitik aufzulehnen. Der von Dr. Schacht vor kurzem vertretene Standpunkt geht zu weit. Die Stabilität der gegenwärtigen Reichsregierung, die noch recht lange leben wird, muß gestärkt werden. Ministerpräsident Held sprach sich sodann für die religiöse Schule und gegen den Einheitsstaatsgedanken aus. Auch Oesterreich würde nur auf dem Wege des Föderalismus zum Reiche kommen können.

Furchtbarer Selbstmord
Wien, 11. Dez. Heute früh verübte auf dem Kaiser Josephsplatz ein junger Mann aus unglücklicher Liebe einen Aufsehen erregenden Selbstmord. Er brachte an seinem Körper eine Nitrodynamoprennpatrone großen Kalibers zur Entzündung. Die Patrone explodierte unter ungeheurem Knall, verfeigte den Körper des Selbstmörders und riß die Erde weit auf.

Chamberlain über die französisch-italienische Spannung
Genf, 11. Dez. Englischen Pressevertretern gegenüber erklärte Chamberlain, daß Englands stets zur Vermittlung zwischen Italien und Frankreich bereit sei. Er habe aber keinen besonderen Schritt in dieser Hinsicht unternommen und die vielleicht bestehenden Reibungen zwischen Frankreich und Italien dürften nicht tragisch genommen werden.

Die privaten Besprechungen in Genf
Paris, 11. Dez. „Petit Parisien“ meldet, daß im Verlauf eines Essens bei dem italienischen Untersekretär beim Völkerbund, das Chamberlain, Scialoja und den englischen Botschafter in Rom vereinigte, wichtige Besprechungen stattgefunden hätten. Da wegen der Nachsitzung des Völkerbundrates die Aussprache nicht hätte beendet werden können, werde Sonntag abend von Chamberlain ein Essen gegeben, an dem auch Briand teilnehmen wird.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Reul.

Amtliche Bekanntmachung.
Amtsgericht Nagold

Gerichtsdienst im Jahr 1928.

- Die Verhandlungen in bürgerlichen Rechtsachen werden am Dienstag abgehalten, die Sitzungen des Amtsgerichts in Strafsachen am Donnerstag.
- Als Gerichtstag, an welchem mündliche Anfragen und Gesuche bei dem Richter vorgetragen, sowie Anträge und Gesuche insbesondere auch Klagen zu Protokoll der Geschäftsstelle angebracht werden können, ist der Samstagvormittag bestimmt.
An andern Wochentagen können nur dringliche mündliche Anfragen, Anträge und Gesuche entgegen genommen werden.
Ebenso ist als Sprech- und Schlichtungstag des Friedensrichters der Samstagvormittag bestimmt. Auf diese Gelegenheit, Rechtsstreitigkeiten ohne Prozeß zu erledigen, wird ausdrücklich hingewiesen.
- Der Gerichtstag in Altensteig wird am ersten Montag des Monats je nachmittags 2 Uhr abgehalten, im August fällt er aus.
- Der Gerichtsvollzieher in Nagold ist regelmäßig am Samstagvormittag auf seinem Geschäftszimmer im Amtsgerichtsgebäude anzutreffen.

Den 9. Dezember 1927. **Amtsgerichtsrat: Schöner.**

Amtsgericht Nagold
Den 8. Dezember 1927.
Am 8. Dezember 1927, nachmittags 5 1/2 Uhr wurde das an Jakob Seid, Privatmann in Zumweiler, Gemeinde Heberberg O. A. Nagold erlassene **Veräußerungsverbot aufgehoben.**

Weihnachts-Dekorationspapier
Röslespapier und Blumendraht
Farb. Glanzpapiere
Gold- und Silberpapier
Krepp-Papier in allen Farben

empfehlen die
W. Rieker'sche Buch- u. Papierhandlung
Altensteig.

Egenhanfen, 11. Dez. 1927

Trauer-Anzeige.



Unsere I. Schwester, Schwägerin und Tante
Christine Brenner
gew. Kinderschwester
wurde heute Vormittag um 10 Uhr im Alter von 66 Jahren nach langem und schwerem Leiden in die ewige Heimat abgerufen.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Georg Brenner
gew. Väter.
Beerdigung Dienstag Nachmittag 1 Uhr.

Spielwaren und
Christbaumzinn

empfehlen
in schöner Auswahl
bei billigsten Preisen
W. Hammann, Zwerenberg.

Verlobungskarten
Verlobungsbriefe
Hochzeitskarten

fertigt in sauberer Ausführung die
W. Rieker'sche Buchdruckerei
Altensteig

Betr. die voraussichtliche Schülerzahl der Lateinschule.

Um einen Ueberblick über die künftige Schülerzahl der Lateinschule zu erhalten, werden die Eltern, von Altensteig und Umgebung, die ihre Kinder in den nächsten Jahren 1928-30 in diese Schule schicken wollen, dringend gebeten, sich in einer in der W. Rieker'schen Buchhandlung in Altensteig aufliegenden Liste einzutragen. Jeder, der ein Interesse an dem Weiterbestehen der Lateinabt. hat, sollte diesen Eintrag in der Zeit bis spätestens Dienstag, den 20. ds. Mts. vornehmen.

Baumwoll-Flanelle

Meter zu Mk. -.55 -.75 -.85 -.95
1.10 1.20 1.30 beste Qual. (Karr.) 1.40
Bettücher St. v. 2.40-5.40

bei Reinhold Mayer.

! Reißzeuge ! **S u n d e per sofort**
150 Mark
in solider Ausführung und großer Auswahl empfiehlt die **W. Rieker'sche Buchdrlg. Altensteig**
gegen pünktliche monatliche Rückzahlung und Zins.
Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes.

2 Bettladen samt Koff und Matrosen
1 Waschkommode und
2 Nachttische mit Marmorplatten sowie einen gut erhaltenen, kupfernen **Badeofen** und einen **Dauerbrandofen** (für Saal passend) ist zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Reißzeuge
Reißbretter
Reißschieben
Winkel
Zeichen-Maßstäbe
Zeichenblöcke
Zeichenhefte
Zeichenpapier in Bogen
empfehlen die **W. Rieker'sche Buchdrlg. Altensteig**

